



## Protokollauszug zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 23.06.2022, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

### **TOP 1**                      **Polizeiliche Kriminal- und Unfallstatistik - mündlicher Bericht**

---

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Schwarz** eröffnet die öffentliche Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses in Vertretung für BM Mannl. Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt sie TOP 6 „Stadtbahn – Diskussion der Linienführung Richtung Oßweil“ ab.

Der **Polizeidirektor** des Polizeireviers Ludwigsburg stellt die polizeiliche Kriminal- und Unfallstatistik anhand einer Präsentation (siehe Anlage zum Protokoll) vor.

Stadträtin **Dr. Knoß** fragt nach, wie viele Straftaten es geben die sexuelle Selbstbestimmung gegeben habe und wie viele davon im häuslichen Umfeld oder auf der Straße passiert seien.

Der **Polizeidirektor** antwortet, dass diese Art von Straftat häufig im häuslichen Umfeld vorkomme, oftmals bestehe eine verwandtschaftliche Beziehung zwischen Täter und Opfer.

Stadträtin **Dr. Knoß** hakt nach, ob auch Fälle von Pädophilie erfasst seien.

Der **Polizeidirektor** bejaht dies. Dabei handle es sich entweder um Vergewaltigungen oder sexuelle Belästigungen. Die genauen Opferstatistiken habe er momentan nicht zur Hand. Die Straftaten werden insgesamt gezählt, nicht nach dem Opfer aufgeschlüsselt.

Stadträtin **Dr. Knoß** möchte wissen, wie viele Anzeigen eingehen, d.h. wie viele Menschen betreut werden und wie hoch die Dunkelziffer angenommen werde.

Der **Polizeidirektor** könne dazu keine Auskunft geben und bittet sie darum, direkt beim Revier nachzufragen.

Stadtrat **Müller** fragt nach, in welche Kategorie die Straftaten über die elektronischen Geräte gezählt werden.

Der **Polizeidirektor** erklärt, dass es handle sich dabei häufig um Beleidigungen, dem Recht am eigenen Bild und Pornographie.

Stadtrat **Müller** möchte wissen, ob Beleidigungsdelikte häufig von Jugendlichen begangen werden.

Der **Polizeidirektor** erklärt, dass die Statistik in vielfältiger Weise ausgewertet werden könne. Tatsächlich seien viele Jugendliche unbedarft im Umgang mit den elektronischen Medien. Der hohe prozentuale Anteil an dieser Stelle lasse sich auch durch die Pandemie erklären.

**TOP 1** **Polizeiliche Kriminal- und Unfallstatistik**  
**- mündlicher Bericht**

---

Wenn die Schulen geschlossen seien, gebe es entsprechend keine Schulhofstreitigkeiten.

Stadtrat **Zeltwanger** fragt nach der Einschätzung des Polizeidirektors bezüglich der Sicherheit in Ludwigsburg. Ob es nach 22 Uhr auf den Straßen, am Bahnhof oder anderen Plätzen in der Stadt besonders gefährlich sei. Außerdem erkundigt er sich, ob es im Vergleich zu anderen Städten schwere Straftaten, z.B. mit Körperverletzung, in Ludwigsburg gäbe.

Stadträtin **Dr. Knoß** stellt die Frage, ob Verkehrsunfälle mit Beteiligung von Fahrradfahrern auch hinterher noch angezeigt werden können. Als Beispiel nennt sie den Fall, dass ein rechtsabbiegender Auto einem Fahrradfahrer die Vorfahrt nimmt.

Der **Polizeidirektor** bejaht dies. Jeder könne nachträglich noch eine Anzeige erstatten. Allerdings sei es immer besser, die Polizei vor Ort zu rufen, damit sie sich einen Überblick über die Straßen- und Lichtverhältnisse verschaffen könne. Bei Fahrradfahrern gebe es keine auffällig hohen Unfallzahlen, beruhigt er.

BM **Schwarz** stimmt zu. Die Zahlen seien ermutigend, auch wenn in Zukunft ein Anstieg der Unfälle erwartet werde, da die Zahlen aufgrund der Coronapandemie so niedrig gewesen seien.

Stadtrat **Maier** entnimmt der Statistik eine Steigerung der Jugendkriminalität, sonst seien alle Zahlen rückläufig. Er fragt sich, ob es einen Zusammenhang zur Jugendsozialarbeit gäbe, die während der Pandemie ihre Angebote und Unterstützung nicht wie gewohnt umsetzen konnte.

Der **Polizeidirektor** antwortet, dass es hierzu bundesweite Forschungen gebe, die er gerne nachreichen könne. Ludwigsburg sei eine sehr sichere Stadt, das würden die Zahlen belegen. Das Sicherheitsgefühl, wenn man nachts unterwegs sei, sei natürlich subjektiv.

BM **Schwarz** dankt dem Polizeidirektor für seinen Bericht und beendet den Tagesordnungspunkt.

---

**Empfehlungsbeschluss:**

1. Die Satzung über die Benutzung von Obdachlosenunterkünften der Stadt Ludwigsburg wird vom 24.03.2021 getrennt in:
  - Satzung über die Benutzung von Obdachlosenunterkünften der Stadt Ludwigsburg in der Teinacher Straße und Riedle
  - Satzung über die Benutzung von Anschlussunterkünften der Stadt Ludwigsburg
2. Die Satzung über die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Stadt Ludwigsburg in der Teinacher Straße und Riedle wird, wie in Anlage 4 dargestellt, beschlossen und tritt mit Wirkung zum 01.09.2022 in Kraft.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Clausen

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

**Beratungsverlauf:**

Der **Fachbereichsleiter** Sicherheit und Ordnung erläutert kurz, warum sich die Stadtverwaltung für zwei getrennte Satzungen entschieden haben.

Ein **Mitarbeiter** der Firma DR Beratung & Management präsentiert die Gebührenkalkulation für die Obdachlosenunterbringung Riedle und Teinacher Straße.

Stadträtin **Dr. Knoß** äußert, dass es einen Unterschied zwischen Obdachlosen und Wohnungslosen

gebe. Sie hakt nach, ob die Unterkünfte für Wohnungslose gedacht seien. Im Bericht hieß es, aktuell gebe es nur drei Selbstzahler, die anderen Bewohner seien Sozialleistungsempfänger. Sie fragt nach, ob die Erhöhung der Kosten nicht an die dort Wohnenden weitergegeben werde.

Stadtrat **Herrmann** sei wichtig, dass nicht der Landkreis die erhöhten Kosten tragen müsse. Er bittet darum, in der Beschlussvorlage aufzuführen, wie sich die Kosten genau verändert hätten, insbesondere die kalkulatorischen Zinsen. Außerdem fragt er, wie viel Mehreinnahmen dies für den Haushalt der Stadt bedeute.

Stadtrat **Raasch** erkundigt sich, warum ein externes Unternehmen für die Kalkulation beauftragt wurde. Das Ergebnis könne man schließlich einer einfachen Exeltabelle entnehmen.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** erklärt, dass er der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde. Die Gebühren sowie die Preissteigerung seien ihm zu hoch. Familien hätten Schulden bei der Stadt gemacht. Die Berechnung der Benutzungsgebühren unterscheide sich gänzlich von der Berechnung der Miete. Ein Schlüssel nach Quadratmeterzahl halte er für sinnvoller, vor allem für mehrköpfige Familien. Denn gerade für Familien seien die Kosten enorm hoch. In fast allen Fällen müsse das Sozialamt für die Kosten aufkommen, meint er. Letztendlich zahle die Stadt dies dann über die Kreisumlage mit. Die Familien werden förmlich in den Leistungsbezug geschickt, bei den Kosten, merkt er an.

**TOP 2**

**Änderung der Satzung für  
Obdachlosenunterkünfte  
(Vorberatung)**

**Vorl.Nr. 024/22**

---

Stadtrat **Müller** fragt nach, wie hoch die Auslastung der Unterkünfte sei.

Der **Fachbereichsleiter** Sicherheit und Ordnung erklärt, dass diejenigen, die eine Leistung in Anspruch nehmen, auch dafür bezahlen müssen. Deshalb werden die Gebühren auf sie umgelegt. Für Sozialleistungsempfänger gebe es Sonderregelungen.

Die Unterkünfte seien nicht zu 100 Prozent ausgelastet, antwortet er.

Er erläutert den Unterschied zwischen Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit. Es gebe auch freiwillig Obdachlose. Diese werden nicht automatisch in Wohnungen eingewiesen, es sei denn es habe draußen Minusgrade.

Er stimmt zu, dass das Ergebnis der Berechnung eine Exeltabelle sei, doch führt aus, dass die Kalkulation sehr viel komplexer und umfangreicher sei. Deshlab habe die Stadt auf Fachkompetenz von extern zurückgegriffen.

Der **Mitarbeiter** der Firma DR Beratung & Management bekräftigt die Aussage des Fachbereichsleiters. Der Aufwand für die Berechnung und die Klärung der rechtlichen Grundlagen sei sehr hoch gewesen. Der Beratungsauftrag erfolgte im Oktober.

Er erklärt, dass es sich bei den Unterkünften um eine Zusatzleistung handle. Die Stadt Ludwigsburg halte Wohnungen parat für den Bedarfsfall. Es gebe dort einen Hausmeister, eine Grundreinigung, eine Waschmaschine, etc. daher würden entsprechend Kosten entstehen.

BMin **Schwarz** meint, preislich seien die Gebühren in Ludwigsburg nicht teurer als in anderen Städten.

Der **Fachbereichsleiter** Sicherheit und Ordnung stimmt BMin Schwarz zu, was den Vergleich mit den Nachbarstädten angehe.

Stadtrat **Herrmann** wiederholt seine Frage, mit wie viel Mehreinnahmen die Stadt rechne.

Der **Fachbereichsleiter** Sicherheit und Ordnung erklärt, dass die Mehreinnahmen dadurch geniert werden, dass die Ermäßigungen wegfallen. Dies sei jedoch personenbezogen. Betrachte man allein die Selbstzahler, so werde es nicht viel Mehreinnahmen geben. Die tatsächlichen Mehreinnahmen sei die Spanne zwischen alter und neuer Gebühr, handle sich um einen Unterschied von 20 bis 35 Prozent.

Absolute Zahlen könne er gerne noch nachliefern.

Der **Mitarbeiter** der Firma DR Beratung & Management äußert sich zum Thema Kostenberechnung pro Quadratmeter und erläutert anhand von Beispielen, warum die Berechnung danach nachteilig für die Stadtverwaltung sei. Er verweist außerdem auf den Bericht, in dem es Ausführungen dazu gebe. In Kommentaren zur Rechtslage werde dazu geraten, eine Gebühr pro Kopf festzulegen.

Stadtrat **Müller** bittet um Erläuterung des Anhangs (Tabelle: Übersicht Kalkulation). Er meint, auch wenn die Satzungen jetzt getrennt werden, gebe es trotzdem Überschneidungen, z.B. wenn Flüchtlinge aus der Ukraine zeitweise in Obdachlosenunterkünften untergebracht werden. Er erkundigt sich, nach welchen Grundlagen in diesem Fall die Kosten berechnet werden. Außerdem möchte er wissen, warum die Kosten, aufgeführt unter der Position „ILV 65 Gebäudemanagement“ aus der Prognose rausgenommen wurden.

Er fragt, ob die Rabatte, den Selbstzahlern gewährt werden, an anderer Stelle als Einnahmen wieder reinfließen oder ob die Stadt diese als reine Zuschüsse zahlt.

Der **Fachbereichsleiter** Sicherheit und Ordnung beantwortet Stadtrats Müllers letzte Frage. Die Stadt habe die Kosten zu tragen und nicht die anderen Bewohner. Die Ukraineflüchtlinge seien ein

<b>TOP 2</b>	<b>Änderung der Satzung für Obdachlosenunterkünfte (Vorberatung)</b>	<b>Vorl.Nr. 024/22</b>
--------------	--	------------------------

---

Spezialfall, bei dem mit dem Landratsamt abgesprochen werden müsse, wer die Kosten trage. Die Stadt sei allerdings froh, dass sie die Möglichkeit habe, auch ukrainische Flüchtlinge, die nachts ankommen, kurzfristig unterzubringen.

Der **Mitarbeiter** der Firma DR Beratung & Management erläutert, warum die Kosten des Gebäudemanagements aus der Berechnung rausgenommen worden. Sie seien manuell berechnet werden (siehe Anlage 2 zur Vorlage, rechte Spalte).

Des Weiteren erklärt er, wie die Vor- und Nachkalkulation aussehe.

Stadtrat **Raasch** bittet um konkrete Zahlen, damit sich die Fraktion entsprechend für die finale Abstimmung nächsten Mittwoch im Gemeinderat vorbereiten könne.

Der **Fachbereichsleiter** Sicherheit und Ordnung verspricht, diese zu nachzuliefern.

Nachdem alle Fragen beantwortet wurden, lässt BMin **Schwarz** über die Vorlage Nr. 024/22 Beschluss fassen.

---

**Beratungsverlauf:**

BM **Schwarz**, der **stellvertretende Fachbereichsleiter** und ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Technische Dienste berichten zum Thema.

Stadtrat **Handel** sieht den Handlungsbedarf. Er freut sich darüber, dass auch 90 Kilometer Radweg gestreut werden. Er erkundigt sich nach der Höhe der Silos, die im Gewerbegebiet errichtet werden sollen.

Stadtrat **Herrmann** erklärt, dass die CDU-Fraktion die Notwendigkeit eines Neubaus erkenne und zustimmen werde. Er wundert sich darüber, dass die im Jahre 1965 erbaute Halle einsturzgefährdet sei, sobald im Winter mehr als fünf Zentimeter Schnee auf dem Dach liegen würden. Seit dem Erbau der Halle gab es mehrere Jahre in denen es mehr als fünf Zentimeter Schnee gegeben habe. Er hofft, dass heute stabiler gebaut werde. Er möchte wissen, was mit dem alten Areal passieren werde.

Stadtrat **Zeltwanger** hakt nach, an wie vielen Tagen im Jahr Salz gestreut werde, wie viele Fahrzeugen dann im Einsatz seien und an wie vielen Tagen mehr als fünf Zentimeter Schnee in Ludwigsburg lag.

Er erkundigt sich nach der Prüfung von Alternativen im bestehenden Areal. Wer die Berechnung erstellt habe (Architekt, Statiker) und was genau untersucht wurde. Er fragt nach, ob Berechnungen aufgestellt wurden, wie es wäre, ein Zeltdach über das Dach der Halle zu spannen oder eine Solaranlage darauf zu stellen. Unter Solaranlagen läge bekanntermaßen nicht viel Schnee. Außerdem möchte er von der Verwaltung wissen, ob der neue Standort der einzig mögliche sei und ob Kooperationen mit anderen Kommunen geprüft worden seien sowie Gründe dafür, weshalb

**TOP 3****Ersatzbeschaffung im Rahmen der Salzlogistik  
für den Winterdienst der Technischen Dienste  
Ludwigsburg  
(Vorberatung)****Vorl.Nr. 168/22**

---

sie nicht eingegangen werden.

Stadtrat Zeltwanger plädiert dafür, das Thema im Herbst zusammen mit den Haushaltsberatungen zu diskutieren, schließlich handle es sich um eine große Summe.

Auch Stadtrat **Maier** erkundigt sich danach, ob es in dem Bereich eine kommunale Zusammenarbeit geben könne und zweifelt, ob zwei Silos ausreichend seien.

Er erkennt an, dass Handlungsbedarf bestehe, denn die Wetterextreme würden zunehmen und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dürfe nicht gefährdet werden.

Stadträtin **Knecht** weist darauf hin, dass die Radwege in der Königsallee nicht gestreut werden. Entsprechende Schilder stehen dort. Sie bittet darum, diese wichtigen Wege in Zukunft mitzubedenken. Sie möchte wissen, warum die Technischen Dienste mit der Salzlogistik aus

der Gänsfußallee wegziehen.

BMin **Schwarz** antwortet auf die Frage von Stadtrat Herrmann, dass beim Bau der Halle richtig geplant und gerechnet wurde. Die Bausubstanz sei schlecht geworden, das Eisen korrodiert, weshalb der Statiker bei seinen Berechnungen festgestellt habe, dass auf dem Dach nicht mehr als fünf Zentimeter Schnee liegen sollten, sonst werde es kritisch.

Die zwei Silos sollen je 23 Meter hoch werden und seien ca. sieben Meter breit, erwidert der **Mitarbeiter** des Fachbereichs Technische Dienste. Die Bebauung füge sich von der Höhe her in die Umgebungsbebauung, dem Gewerbegebiet, ein.

Der **stellvertretende Fachbereichsleiter** meint, dass jeweils ca. 500 Tonnen Salz in die Silos reinpassen werden. Für das alte Areal gebe es verschiedene Ideen innerhalb der Stadtverwaltung, gibt er Auskunft. Die Stadt möchte die Fläche auf jeden Fall sinnvoll nutzen.

Im vergangenen Jahr gab es in Ludwigsburg 48 sogenannte Kältetage mit Glatteis, davon 15 mit Schneefall, führt der **Mitarbeiter** des Fachbereichs Technische Dienste aus. An einem Tag hätte es über fünf Zentimeter Schnee gegeben, die Halle hätten sie fast schließen müssen.

Der Fachbereich habe sich umfassend informiert über Anlagen für die Lagerung von Salz. Die Rohstoffpreise seien seit Beginn seiner Recherche über 30 Prozent gestiegen, macht er deutlich. Der Grund sei, dass beim Bau viel Holz verwendet werden wird und die Holzpreise zuletzt bis zu 70 Prozent gestiegen seien.

Der **stellvertretende Fachbereichsleiter** erklärt, dass als Alternative auch der Bau einer neuen Halle zur Überlegung stand. Dies sei aber wesentlich teurer. Die Silos seien eine sehr gute Lösung.

BMin **Schwarz** sagt, eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach würde nicht helfen. Diese hätte selbst so viel Gewicht, dass das Dach darunter einbrechen würde. Der Aufwand für eine Sanierung der Halle sei unverhältnismäßig groß, wie eine Untersuchung gezeigt habe, weshalb nur ein Neubau in Frage komme. Zur Option standen eine neue Halle oder Silos. Die Silos hätten zudem erhebliche Vorteile im Betriebsablauf, weshalb es für diese eine Empfehlung gab.

Der **Mitarbeiter** des Fachbereichs Technische Dienste stimmt ihr zu. Die Silos seien insgesamt kostengünstiger, platzsparender und kompakter.

**TOP 3**

**Ersatzbeschaffung im Rahmen der Salzlogistik  
für den Winterdienst der Technischen Dienste  
Ludwigsburg  
(Vorberatung)**

**Vorl.Nr. 168/22**

---

Der **stellvertretende Fachbereichsleiter** meint, die Lage des Salzlagers spiele eine wichtige Rolle. Die zweite Halle in Neckarweihingen sei beispielsweise verkehrstechnisch eher ungünstig. Der neue Standort in der Kammererstraße sei praktikabel, da die Hauptverkehrswege schneller gestreut werden könnten.

BMin **Schwarz** erläutert die Lage im Gewerbegebiet anhand der Präsentation. Es handle sich um

eine städtische Fläche. Der Grundstückszuschnitt sei für einen normalen Gewerbebetrieb nicht günstig, da es sich um ein Dreieck handle. Deshalb sei es eher eine Art Restfläche, die bei der Verteilung der Flächen an die umliegenden Gewerbe übriggeblieben sei. Für die Silos eigne sie sich jedoch optimal, zumal das Gelände sei ohnehin leicht abschüssig sei, womit sich die 23 Meter Höhe etwas abgemildert werden.

Auf die Frage nach der interkommunalen Zusammenarbeit antwortet der **stellvertretende Fachbereichsleiter**, dass die Technischen Dienste immer wieder Gespräche mit Nachbarkommunen zwecks Kooperationen führen würden. Zuletzt war dies mit der Stadt Kornwestheim erfolgt, welche sich dagegen entschieden habe.

Aktuell bestelle die Stadt Ludwigsburg das Salz nur für den Eigenbedarf. Dabei werde ausreichend Salz beschafft, aber auch darauf geachtet, dass es nicht zu viel Salz sei. Er macht deutlich, dass auf Wirtschaftlichkeit geachtet werde.

Der **Mitarbeiter** des Fachbereichs Technische Dienste ergänzt, dass für die Mitarbeiter eine 10-Stundenregelung gelte. Außerdem sei der Fahrtweg ein Problem. Eine Kommunale Zusammenarbeit im Bereich Salzlogistik sei nur dann sinnvoll, wenn der Nachbarbaubetriebshof zentral zwischen den Kommunen liege. Ansonsten hätten die Fahrzeuge einen sehr langen Anfahrtsweg zum Nachladen.

Der **stellvertretende Fachbereichsleiter** teilt mit, dass der Fachbereich regelmäßig überprüfe und aktualisiere, welche Straßen geräumt werden müssen und Schilder dann auch weggemacht werden.

BMin **Schwarz** stimmt zu, dass, drei Silos aufgestellt werden müssten, um Kooperationen möglich zu machen. Sie versteht, dass der Betrag sehr hoch sei, doch hebt hervor, dass sichere Straßen im Winter oberste Priorität haben.

Stadtrat **Zeltwanger** geht es darum, die Ressourcen im städtischen Haushalt effektiv einzusetzen. Er wünscht sich eine kostengünstigere Lösung und fragt sich, warum darüber nicht in der Gesamtschau im Herbst bei den Haushaltsberatungen diskutiert werden könne.

Stadtrat **Herrmann** äußert sich zur interkommunalen Zusammenarbeit mit Kornwestheim. Die Stadt habe einen gemeinsamen Bauhof abgelehnt, da sie erst kürzlich einen neuen gebaut habe. Dass die Notwendigkeit für ein neues Salzlager gegeben sei, erkenne er an, wiederholt er. Was ihn aber störe, seien die außerplanmäßigen Ausgaben von 1,6 Millionen Euro. Seiner Meinung nach könne die Vorlage im Herbst im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossen werden. Dann könne immer noch rechtzeitig nächstes Jahr mit dem Bau der neuen Anlage begonnen werden. Er bittet darum, mögliche Einsparvorschläge aufzuzeigen.

Der **stellvertretende Fachbereichsleiter** macht deutlich, dass Eile geboten sei. Schließlich gebe es jetzt schon Probleme mit der Halle. Er möchte nicht in die Lage kommen, die Halle wegen mehr als fünf Zentimeter Schneefall schließen zu müssen.

**TOP 3**

**Ersatzbeschaffung im Rahmen der Salzlogistik  
für den Winterdienst der Technischen Dienste  
Ludwigsburg  
(Vorberatung)**

**Vorl.Nr. 168/22**

---

Außerdem entwickle sich der Weltmarkt rasant. Es gebe enorme Preissteigerungen für die Rohstoffe. Sicher sei, dass es bis Ende 2024 eine Alternative zur bestehenden Halle geben müsse.



BMin **Schwarz** geht auf den Vorschlag von Stadtrat Herrmann ein. Ihrer Ansicht nach sei es in Ordnung, wenn die Beschlussvorlage im Herbst während der Haushaltsberatungen beraten und beschlossen werde.

Stadtrat **Handel** sieht kein Problem in einer heutigen Beschlussfassung. Die Holz- und Stahlpreise werden weiter steigen. Die Silos werden benötigt und müssen sowieso irgendwann bezahlt werden.

Der **Mitarbeiter** des Fachbereichs Technische Dienste macht darauf aufmerksam, dass man nicht wisse, wie prekär sich die Situation in der alten Halle weiterentwickle. Das Gutachten stamme aus 2019. Außerdem brauche man für den Bau eine lange Vorlaufzeit, vor allem aufgrund der derzeitigen Knappheit von Gütern.

Für Stadtrat **Herrmann** ist es unverständlich, warum die Stadtverwaltung nicht schon früher dem Gemeinderat kommuniziert hat, dass die neue Halle dringend gebraucht werde, wenn die Tatsachen schon seit dem Gutachten im Jahr 2019 bekannt waren. Man hätte den Betrag auch schon in den letzten Haushalt miteinstellen können, appelliert er.

Das Argument mit den Preissteigerungen lasse er nicht gelten. Dann müsse man alles sofort bauen, meint er.

Stadtrat **Klotz** hält die Argumentation von Seiten der Verwaltung ebenfalls für nicht schlüssig. Er schlägt vor, dass die Stadtverwaltung weiter planen und mit Herstellern Kontakt halten sollte. Der Beschluss könne dann im Herbst gefasst werden.

Was die Baupreise angehe, so könnten diese unter Umständen sogar wieder billiger werden, als Beispiel nennt er den Holzpreis.

Wenn bekannt sei, dass die Halle marode sei, so soll die Verwaltung dies doch bitte früher ankündigen, fordert auch Stadtrat **Maier**. Der Gemeinderat müsse darüber informiert werden, wenn ein hoher Millionenbetrag für Pflichtaufgaben ausgegeben werden müsse.

Er zweifelt daran, ob bei den Haushaltsberatungen eine andere Summe herauskomme. Ob es Einsparpotential gebe, sei offensichtlich schon geprüft worden.

BMin **Schwarz** stimmt zu, dass das Streuen der Straßen eine Pflichtaufgabe der Gemeinde sei. Hier gehe es um die Verkehrssicherheit auf den Straßen.

Sie nimmt eine grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme von den Ausschussmitgliedern wahr. Klar sei, dass Handlungsbedarf bestehe.

Die Verwaltung wird die verschiedenen Varianten, die sie geprüft habe, dem Gemeinderat zukommen lassen. In der nächsten oder übernächsten Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses werden damit dann hoffentlich alle Fragen beantwortet und eine Beschlussfassung könne erfolgen.

Stadtrat **Zeltwanger** dankt dafür, dass es noch mehr Informationen zum Thema geben soll. Dann könne in der Fraktionssitzung vor der Sommerpause nochmals über das Thema gesprochen werden. Er findet, dass die finale Entscheidung Ende Oktober oder Anfang November getroffen werden solle, im Gesamtzusammenhang mit den anderen notwendigen Maßnahmen.

BM **Schwarz** wiederholt das weitere Vorgehen: Die Stadträte werden bis zur nächsten oder übernächsten MU-Sitzung weitere Informationen zum Thema erhalten. Dann könne entschieden werden, ob der Beschluss gleich gefasst werde, da die Maßnahme unabdingbar sei oder ob erst im Herbst im Rahmen der Haushaltsberatungen darüber abgestimmt werden soll. Die Vorlage sei für heute vertagt.

Stadtrat **Herrmann** schlägt vor, die Vorlage im Herbst nach der Haushaltsklausur (07./08.10.2022) dann im MU am 13.10.2022 auf die Tagesordnung zu nehmen und somit im Rahmen der Haushaltsplanungen erneut aufzurufen und zu beschließen.

BM **Schwarz** nimmt die Anregung gerne mit auf und schließt den Tagesordnungspunkt.

---

**TOP 4**

**Belagssanierung Raiffeisenstraße  
- Bau- und Vergabebeschluss**

**Vorl.Nr. 188/22**

---

**Beschluss:**

Die Raiffeisenstraße wird entsprechend des Sanierungsvorschlages des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen sowie des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung instandgesetzt.

Die Gesamtkosten in Höhe von **455.000,- €** werden genehmigt.

**Vergabebeschluss**

Firma Lutz Krieg GmbH aus Möglingen erhält auf der Grundlage des Angebotes vom 17.05.2022 den Auftrag zur Durchführung der Sanierungsarbeiten in der Raiffeisenstraße.

Die Vergabesumme beträgt:

Auftragssumme	393.544,92 €
+ Unvorhergesehenes ca. 15%	<u>61.455,08 €</u>
<b>Vergabesumme</b>	<b><u>455.000,00 €</u></b>

Bei Kostenüberschreitung wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 50.000,- € überschritten werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Clausen  
**TOP 4** **Belagssanierung Raiffeisenstraße**  
**- Bau- und Vergabebeschluss**

**Vorl.Nr. 188/22**

---

#### **Beratungsverlauf:**

Auf Sachvortrag wird verzichtet.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** fragt nach, ob eine derartige Belagssanierung wirklich notwendig sei, es handle sich ja nur um eine Querstraße. Wenn die Stadtwerke die Straße aufgraben, so müssten diese die Straße wieder in ihren Ursprungszustand zurücksetzen.

Die **Fachbereichsleiterin** Tiefbau und Grünflächen antwortet, dass es eine Liste mit Straßen gebe, die am dringendsten saniert werden müssen. Ihr Fachbereich schaue im nächsten Schritt, welche Maßnahmen von Leitungsträgern vorgenommen werden und ob es Synergien, wie in diesem Fall, gebe.

BM **Schwarz** lässt über die Vorlage Nr. 188/22 Beschluss fassen.

**TOP 5** **Bahnhofsareal Ludwigsburg: Neugestaltung**  
**Zentraler Omnibusbahnhof - Erwerb von**  
**Flächen von der DB**

**Vorl.Nr. 171/22**

---

#### **Beschluss:**

Der Mobilitäts- und Umweltausschuss stimmt der Kostenübernahme für das Versetzen des Oberleitungsmastes in Höhe von ca. 395.000€ als Voraussetzung für den Erwerb des DB-Grundstücks zu.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Clausen

#### **Beratungsverlauf:**

Die **Fachbereichsleiterin** Tiefbau und Grünflächen berichtet anhand einer Präsentation (siehe Anlage zum Protokoll).

Stadtrat **Handel** sei bereits bekannt, dass die Kosten für den Grunderwerb hoch sein werden. Die Deutsche Bahn (DB) ließe nicht mit sich verhandeln. Schade sei, dass ein Teil der Platanen abgeholzt werden müsse.

Auch Stadtrat **Klotz** findet die Versetzung des Masts der DB kostspielig. Nichtsdestotrotz sei diese Maßnahme notwendig, hier müsse investiert werden. Er fragt nach, ob die Fördersumme für die Unterführung miteinberechnet wurde bzw. wie hoch die Förderung für diesen Abschnitt sei. Mit Erwerb des Grundstücks könne der Umsetzung des neuen Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) nichts mehr entgegenstehen, meint er optimistisch.

**TOP 5**

**Bahnhofsareal Ludwigsburg: Neugestaltung  
Zentraler Omnibusbahnhof - Erwerb von  
Flächen von der DB**

**Vorl.Nr. 171/22**

---

Stadtrat **Zeltwanger** erkundigt sich, ob es noch weitere Grundstücke gebe, die bisher in Besitz der DB seien und für den Umbau des ZOBs notwendig seien.

Die **Fachbereichsleiterin** Tiefbau und Grünflächen erwidert, dass es als Ausgleich zum Fällen der Bäume an anderer Stelle eine ökologische Aufwertung geben soll. Außerdem soll es eine Aufwertung für den ÖPNV geben. Der Förderrahmen habe sich nochmals erhöht, teilt sie mit. Es gebe, ohne die Unterführung miteinberechnet, eine Summe von 12, 2 Millionen Euro Förderung für das aktuelle ZOB-Konzept.

Stadtrat **Klotz** hakt nach, ob die zweite Unterführung zusätzlich förderfähig sei.

BMin **Schwarz** antwortet, dass die Stadt diesbezüglich in Verhandlungen mit der DB sei. Die DB plane eine Steigerung der Fahrgastzahlen um 75 bis 80 Prozent bis 2040. Um der Menschenmenge gerecht zu werden, bräuchte es neue Unterführung oder Überführungen.

Die **Fachbereichsleiterin** Tiefbau und Grünflächen sagt, dass es keine verlässlichen Zahlen gebe, weder was die Materialkosten noch was die Auslastung der Ingenieurbüros anbelange.

BMin **Schwarz** erklärt, dass sie auf das Thema Grunderwerb an dieser Stelle nicht weiter eingehen möchte. Grunderwerbsthemen werden normalerweise im Teil der nichtöffentlichen Sitzung behandelt.

Wichtig sei zu wissen, dass die Maßnahme nicht förderschädlich sei, sondern Teil der Baufreimachung.

Stadtrat **Zeltwanger** fragt nach, warum schon 395.000 Euro ausgegeben werden müssen, wenn noch nicht klar sei, wann der ZOB umgebaut werde. Er schlägt vor, dass die Verwaltung das Grundstück für 27.000 Euro kaufen könne und das restliche Geld erst ausgabe, wenn der Baubeginn klar sei.

Die **Fachbereichsleiterin** Tiefbau und Grünflächen erwidert, das Grundstück könne erst gekauft werden, wenn der Mast nicht mehr drauf sei.

BMin **Schwarz** meint, der Sachverhalt sei etwas kompliziert. Das Grundstück sei der Bahn gewidmet. Sie wollen möglichst früh beginnen.

Stadtrat **Raasch** verweist auf die Stadt Weil am Rhein, die dreimal einen Mast versetzen musste, und hofft, dass dies in Ludwigsburg nicht passiert. Außerdem fragt er nach, ob es noch weitere Grundstücke gebe, die von der Stadt erworben werden könnten.

Die **Fachbereichsleiterin** Tiefbau und Grünflächen antwortet, dass nicht noch mehr Fläche erworben werden könne, da die Bahn diese für ihren Betrieb brauche bzw. diese erst kostenaufwändig freigeräumt werden müssten.

BMin **Schwarz** lässt über die Vorlage Nr. 171/22 abstimmen.

---

**TOP 6**                      **Stadtbahn - Diskussion der Linienführung  
Richtung Oßweil  
- mündlicher Bericht**

---

**Beratungsverlauf:**

Der Tagesordnungspunkt wurde von BMin **Schwarz** vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt. Das Thema wird stattdessen kommende Woche in der Gemeinderatssitzung behandelt.

---

**TOP 7**                      **Radwegeverbindung BZW / Radroute 3a  
- mündlicher Bericht**

---

**Beratungsverlauf:**

Auf Sachvortrag wird verzichtet. Der **Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität beantwortet zusammen mit einem Mitarbeiter Rückfragen der Gremiumsmitglieder zu einzelnen Straßenabschnitten.

Stadträtin **Dr. Knoß** stellt Rückfragen zu drei Straßen.

1. Albrechtstraße: Sie befürwortet die Lösung durch zwei gegenläufige Einbahnstraßen. Die Entschärfung der Engstelle sei ihr sehr wichtig gewesen, dies sei auf dem Plan gut gelungen. An der Kreuzung zur Wernerstraße wurde der Randstein versetzt. Sie fragt nach, warum dies geschehen sei, die Kurve sei ihrer Meinung nach in Ordnung. Sie hofft, dass nicht zu nah an der Kurve geparkt werde. Außerdem hakt sie nach, warum in der Osterholzallee Poller aufgestellt werden und nicht einfach Radstände.
2. Wernerstraße: Sie fragt nach, ob der einzelne Behindertenparkplatz vorne weiter Richtung Westen gelegt werden könnte.

3. Schlachthofstraße: Den geteilten Weg findet sie zu schmal, an der Tiefgaragenausfahrt sei es gefährlich. Außerdem beschwert sie sich über Grünzeug und Parker am Randstein. Sie fragt nach, warum man die Straße nicht auch zur Fahrradstraße mache, schließlich würden hier nur Anlieger fahren. Falls die Stadtverwaltung sich nicht von selbst dazu entschieße, werde sie einen Antrag stellen, kündigt sie an.

BMin **Schwarz** bittet darum, solche Detailfragen bilateral zu klären.

Stadträtin **Seyfang** hinterfragt die Überquerung der Schlachthofstraße. Sie sei ihrer Meinung nach irreführend. Die Abbiegespur von der Kurfürstenstraße in Martin-Luther-Straße lobt sie.

Stadtrat **Zeltwanger** erkundigt sich nach dem Stand der Planungen für die Kreuzung Osterholzallee.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** erinnert sich an vorangegangene Debatten zur Radwegeverbindung des Bildungszentrums West (BZW). Er findet das Projekt sinnvoll. Der Radweg müsse für die Schülerinnen und Schüler sichtbar gemacht werden. Er hakt nach, ob es schon Ideen für die Rettstraße gebe. Kritisch sehe er die Eisenbahnstraße in der Albrechtstraße. Hier kämen den Autos Radfahrende entgegen, mit denen sie nicht rechnen würden.

---

## **TOP 7**                      **Radwegeverbindung BZW / Radroute 3a** **- mündlicher Bericht**

---

Stadträtin **Knecht** schließt sich ihrem Vorredner an. Es gebe viel Verkehr für die Radfahrer, Autos würden von hinten und vorne kommen.

Sie fragt nach Bevorrechtigungen bei der Überquerung der Martin-Luther-Straße und nach der Baufertigstellung der gesamten Radwegeverbindung.

Stadtrat **Müller** findet, die Stadt sei auf einem guten Weg, was den Ausbau der Radwegeverbindung angehe. Er fragt nach, ob die Ampelschaltungen überarbeitet werden. Außerdem will er wissen, ob die Berberstraße erst nach 150 Metern eine Fahrradstraße werden soll.

Der **Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität verneint dies. Die Berberstraße werde von Anfang an eine Fahrradstraße. Er antwortet, dass die Baufertigstellung Anfang der Sommerferien erfolge, so dass zu Schuljahresbeginn alles fertig sei.

An Stadträtin Seyfang gewandt erwidert er, dass viel Farbe wichtig sei, damit die Autofahrenden verstehen, dass die Radfahrenden an dieser Stelle Vorfahrt haben.

Die Diskussionen um die Osterholzallee seien noch nicht zu Ende, meint er. Fahrradbügel anstatt Poller aufzustellen, um den Verkehr auszubremsen, halte er für eine gute Idee von Stadträtin Dr. Knoß.

Stadträtin **Dr. Knoß** meint, in der Ecke Albrecht-/Wernerstraße müsste der Randstein versetzt werden.

Der **Mitarbeiter** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität antwortet, dass der Randstein nicht versetzt werde. Es werde nur rote Markierungen für die Vorfahrt geben. Eine Fahrradstraße sei in der Schlachthofstraße nicht durchsetzbar.

Die Wernerstraße und der untere Teil der Albrechtstraße werden zu Fahrradstraßen. Von der

Albrechtstraße kommend, hätten die Radfahrenden eine Bevorrechtigung, da es sich um eine abknickende Vorfahrtsstraße handeln wird.

In der Albrechtstraße gebe zwei entgegengesetzte Einbahnstraßen. Der Durchgangsverkehr müsse rausgehalten werden, denn weniger Fahrzeuge bedeute mehr Verkehrssicherheit für die Radfahrenden.

Stadtrat **Braumann** findet die roten Markierungen im Bereich der Werner-/Albrechtstraße irritierend und realitätsfern, wie er sich ausdrückt.

Stadtrat **Handel** fragt nach, warum man die Fahrradstraße nicht blau streiche und damit eine Einheitlichkeit in der Region Stuttgart erzeuge.

Stadträtin **Knecht** wünscht eine Bevorrechtigungsampel für die Radfahrenden bei Schulbeginn.

Stadtrat **Zeltwanger** fragt nach, wie der Fahrradweg zur Schule verlängert werde. Er wünscht sich, dass der Weg bis zur Kaiserstraße weitergeführt werde.

Der **Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität erwidert, dass die rote Farbe den Autofahrenden eindeutig signalisiere, dass Fahrradfahrer kommen. An dieser Stelle gebe es keine Fahrradampel und die Radfahrenden müssen auch nicht im rechten Winkel abbiegen, wie es die Farbe darstellt.

Der **Mitarbeiter** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität erklärt, dass der Fahrradfahrende dadurch schon frühzeitig vom Autofahrenden erkannt werde.

Stadträtin **Knecht** betont, dass ihr die Ampelschaltung wichtig sei.

---

**TOP 7**                      **Radwegeverbindung BZW / Radroute 3a**  
**- mündlicher Bericht**

Stadträtin **Dr. Knoß** meint, dass alle Autos rot haben sollten, sonst seien die Linksabbieger gefährdet.

BMin **Schwarz** sagt, das Thema Ampelschaltung solle nochmals separat behandelt werden.

---

**TOP 8**                      **Analyse und Überblick Stellplätze in der**  
**Innenstadt**  
**- mündlicher Bericht**

---

**Beratungsverlauf:**

Der **Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität berichtet anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll). Gemeinsam mit einem **Mitarbeiter** des Fachbereichs beantwortet er im Anschluss Rückfragen der Gremiumsmitglieder zu den Stellplätzen in der Innenstadt.

Stadtrat **Handel** begrüßt die Idee des Parkrads (vgl. Präsentation zum TOP, Folie 12) als

Weiterentwicklung des Parkleitsystems. Ihm sei wichtig, dass es in der Innenstadt mehr Bäume und Aufenthaltsflächen gebe.

Stadtrat **Klotz** bedauert es, dass die Parkplatzerhebung nur für die Innenstadt stattgefunden habe. Er würde sich eine solche auch für die Gesamtstadt wünschen. Die Verwaltung sei der Auffassung, dass es genug Parkplätze im Innenstadtraum gebe, doch gerade an Wochenenden bemerke er einen erhöhten Parksuchverkehr. Er kritisiert, dass die Reduktion von Straßenstellplätzen hier nicht beziffert sei.

Außerdem wurden nur in Ludwigsburg zugelassene Fahrzeuge gezählt (vgl. Präsentation zum TOP, Folie 5). Damit werden die vielen Dienstwagen nicht berücksichtigt.

Die Statistik zeige, dass die Anzahl der Stellplätze seit 2011 gestiegen sei, aber auch die Anzahl der zugelassenen Fahrzeuge sei in dieser Zeit um 16 Prozent gestiegen, meint er. Daher sei das Fazit der CDU-Fraktion, dass es in der Innenstadt einen Mangel an Parkplätzen gebe.

Stadtrat **Zeltwanger** weist darauf hin, dass auch die Anzahl der Autos der Menschen außerhalb Ludwigsburg zugenommen habe. Diese seien noch viel mehr aufs Auto angewiesen, weil sie vielleicht eine schlechte Nahverkehrsanbindung hätten.

Er wünscht mit Blick auf eine alternde Gesellschaft gute Parklösungen für Pflegedienste.

Stadtrat **Maier** meint, dass sich das Problem weiter verschärft hätte, wenn in den letzten zehn Jahren nichts gemacht worden wäre. Heute gebe es vermehrt Parkplätze unter der Erde, was gut sei.

Wichtig sei auch, zu kommunizieren, dass Parkplätze erhalten werden. Das sehe man am Beispiel Arsenalplatz, für die wegfallenden Parkplätze werden bereits Ersatzstellplätze unter der Kreissparkasse (KSK) gebaut.

Er lobt die Idee des Parkrads und findet, die Stadt Ludwigsburg sei auf einem guten Weg.

Nichtsdestotrotz erkennt er, dass Schwierigkeiten kommen werden, denn die PKWs würden immer mehr zunehmen, gleichzeitig gebe es immer weniger Raum hierfür.

Seiner Meinung nach müssten nicht in allen Stadtteilen die Stellplatzzahlen erhoben werden.

## **TOP 8**                      **Analyse und Überblick Stellplätze in der Innenstadt - mündlicher Bericht**

---

Stadträtin **Knecht** appelliert, dass die Stadtverwaltung nicht vorzeitig Parkplätze streichen solle. Immerhin gebe es seit 2011 knapp 10 Prozent mehr Einwohnerinnen und Einwohner im Landkreis Ludwigsburg. Zudem werde in der Stadt selbst viel gebaut, bspw. im Gebiet Fuchshof mit einem Stellplatzschlüssel von nur 0,8. Dadurch werde der Parkdruck in den umliegenden Gebieten höher. Ein Weg für Autos in die Innenstadt müsse weiterhin erhalten bleiben.

Stadtrat **Müller** meint, die Stadt solle nicht weiter auf steigende Einwohnerzahlen setzen. Das Problem sei, dass es inzwischen nicht nur mehr Autos gebe, sondern die Autos immer größer werden. Aufgrund dessen müssen die Markierungen geändert werden. Dadurch würden Stellplätze wegfallen. Eine erhöhte Anzahl an Besucherinnen und Besucher dürfe nicht zu mehr Autoverkehr führen, ist er der Ansicht. Stattdessen müsse es Lösungen durch Busverkehr geben oder der Bahn nach Markgröningen.



Der **Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität erklärt, dass das Parkleitsystem momentan weiterentwickelt werde. Es soll große digitale Tafeln am Ortseingang geben, kleinere in der Innenstadt. Im Juli werde eine App getestet, die sogenannte „Pretrip“-Informationen geben soll. D.h. Menschen, die in die Innenstadt fahren wollen, können sich vorab informieren, wo Staugefahr besteht und welche Parkhäuser noch freie Plätze haben.

Die genaue Anzahl an Dienstwagen könne leider nicht beziffert werden, sagt er bezugnehmend auf die Aussage von Stadtrat Klotz.

Pflegedienste können überall kostenlos parken, antwortet er. Die Schwierigkeit bestehe eher darin, überhaupt einen Parkplatz zu finden. In Zukunft könnten extra Stellplätze dafür ausgewiesen werden. Pflegende sind auch vom Bewohnerparkausweis ausgenommen, führt er aus.

Stadtrat **Zeltwanger** bittet darum, den Stadtteilausschuss Innenstadt miteinzubeziehen.

Der **Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität erklärt, dies sei bereits geschehen. Auch er sei dafür, dass der ÖPNV stärker ausgebaut werde, um das Parkplatzproblem zu entschärfen. Hier gebe es vor allem im Umland ein Defizit.

Der **Mitarbeiter** des Fachbereichs erklärt, es gebe 43 Prozent öffentliche Parkplätze in Parkhäusern und dem Straßenraum. 57 Prozent seien private Parkplätze für Anwohner sowie Unternehmen und Kunden.

An Stadtrat Klotz gewandt antwortet er, dass in der Karlsstraße zwei, in der Alleenstraße zehn und in der Seestraße 23 Stellplätze weggefallen seien. Die meisten Stellplätze sind allerdings bei der katholischen Kirche in der Eberhardtstraße und im Schmiedgässle. Dies sei wichtig für die Attraktivierung der Innenstadt gewesen.

Er nimmt Bezug auf Stadtrat Zeltwangers Anliegen. Der Wirtschaftsverkehr in der Stadt sei sehr wichtig: Pflegedienste, Paketdienste, Post, Handwerker und Lieferanten– alle seien auf Parkmöglichkeiten angewiesen. Weniger Parkdruck könne auch durch Carsharing erreicht werden. Aktuell gebe es gerade einmal acht Stationen. Carsharing müsse attraktiver gemacht werden.

Auf Nachfrage von BMin **Schwarz**, antwortet Stadträtin **Knecht**, dass sich der Antrag Nr. 461/61 der FDP habe mit dem mündlichen Bericht zum Thema erledigt, teilt sie mit.

BMin **Schwarz** beendet die öffentliche Sitzung.

**TOP 8.1**

**Entwicklung der PKW Stellplätze  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 07.12.2021**

**Vorl.Nr. 461/21**

---

#### **Beratungsverlauf:**

Der Antrag hat sich durch Sachvortrag und Beratung zu TOP 8 erledigt.